

NIEDERSCHRIFT

über die **21.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **09.11.2022**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 15:55 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

- | | |
|--------------------------------|------------------------------------|
| 2. Herr Heiner Cöllen | Vertretung für Frau Brand |
| 3. Herr Sven Ladeck | |
| 4. Frau Katharina Reinhold | |
| 5. Herr Richard Streck | Vertretung für Herrn Welter |
| 6. Herr Wolfgang Wappenschmidt | |
| 7. Frau Birte Wienands | Vertretung für Graf von Nesselrode |

• SPD-Fraktion

8. Herr Udo Bartsch
9. Frau Doris Hugo-Wissemann
10. Herr Stefan Schmitz
11. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12. Herr Elias Aaron Ackburally

13. Frau Swenja Krüppel
14. Frau Angela Stein-Ulrich

- **FDP-Fraktion**

15. Herr Dirk Rosellen

- **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/
Deutsche Zentrumspartei**

16. Herr Carsten Thiel

- **AfD-Fraktion**

17. Herr Dirk Helmut Kranefuss

- **Gäste**

18. Frau Monika Zimmermann

- **Verwaltung**

19. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
20. Herr Benjamin Josephs
21. Herr Dezernent Gregor Küpper
22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
23. Herr Marcus Temburg
24. Herr Dezernent Harald Vieten

- **Schriftführerin**

25. Frau Janine Conrads
26. Frau Anna Hohn

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	4
2.1.	Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss am 18.08.2022.....	4
2.2.	Mobilitätsausschuss am 25.08.2022.....	4
2.3.	Naturschutzbeirat am 13.09.2022.....	5
2.4.	Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit am 15.09.2022.....	5
2.5.	Schul- und Bildungsausschuss am 18.10.2022	5
2.6.	Kulturausschuss am 24.10.2022	5
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	6
3.1.	Ausschuss für Soziales und Wohnen am 26.09.2022.....	6
4.	Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand: September - November 2022 Vorlage: 61/1612/XVII/2022.....	6
4.1.	RWE Batteriespeichersystem Neurath	6
5.	Regionalarbeit Stand: August - November 2022 Vorlage: 61/1609/XVII/2022.....	8
6.	Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand November 2022) Vorlage: ZS5/1819/XVII/2022	8
7.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1817/XVII/2022	8
8.	Schenkung Jugendstilobjekte aus (Sterling-)Silber der Orivit AG Vorlage: 40/1866/XVII/2022	9
9.	Anträge.....	10
9.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.10.2022 zum Thema "Ansprechpartner*in im Rahmen der Notfallvorsorge" Vorlage: 32/1837/XVII/2022	10
9.2.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP, UWG/FW RKN/Zentrum vom 26.10.2022 zum Thema "Leichte Sprache" Vorlage: S5.2/1870/XVII/2022	10
10.	Mitteilungen	11
11.	Anfragen	11

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten wurden folgende Tischvorlagen zur Verfügung gestellt:

Top 3 nÖ „Dienstreisegenehmigung für Kreistagsabgeordnete“	- Vorlage der Verwaltung
Top 4 nÖ „Innovationskreis Places: Projektinitiative MEDIC.NRW“	- Vorlage der Verwaltung

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss am 18.08.2022

KA/20221109/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses vom 18.08.2022 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Mobilitätsausschuss am 25.08.2022

KA/20221109/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Mobilitätsausschusses vom 25.08.2022 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Naturschutzbeirat am 13.09.2022

KA/20221109/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Naturschutzbeirates vom 13.09.2022 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit am 15.09.2022

KA/20221109/Ö2.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit vom 15.09.2022 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.5. Schul- und Bildungsausschuss am 18.10.2022

KA/20221109/Ö2.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schul- und Bildungsausschuss vom 18.10.2022 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.6. Kulturausschuss am 24.10.2022

KA/20221109/Ö2.6

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Kulturausschusses vom 24.10.2022 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Ausschuss für Soziales und Wohnen am 26.09.2022

KA/20221109/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 26.09.2022 zur Kenntnis.

4. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

Stand: September - November 2022

Vorlage: 61/1612/XVII/2022

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass am 08.11.2022 im Zeughaus Neuss eine Veranstaltung des Landes zur Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP) hinsichtlich der regenerativen Energien stattgefunden habe. Er habe bei der Veranstaltung Ministerin Neubaur und Staatssekretär Liminski darauf hingewiesen, rechtssichere Vorgaben zu schaffen. Die Erwartung des Landes sei, dass der LEP bis 2024 geändert werde. Erst danach könne der Regionalplan geändert werden, was keine wirkliche Beschleunigung des Verfahrens darstelle. Zudem seien die Flächen nicht nur bei Windenergie, sondern auch für Photovoltaik problematisch. Hier sollten möglichst vertikale Lösungen gefunden werden. Die Ministerin sei für die Argumente empfänglich gewesen. Über die Planungsergebnisse werde die Verwaltung den Kreisausschuss informieren.

KA/20221109/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage und nimmt diese zur Kenntnis.

4.1. RWE Batteriespeichersystem Neurath

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte das Projekt von RWE zur Errichtung eines Batteriespeicherwerkes in Neurath und Hamm vor (**s. Anlage**). Er schlug vor, mittels Beschluss das Projekt zu begrüßen und alle beteiligten Behörden zu bitten, das Verfahren zügig und vorrangig zu behandeln. Das Projekt sei ein wichtiger Baustein in der Energiewende, bei dem es zu keinen Verzögerungen kommen sollte.

Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck betonte, dass dieses Projekt wichtig für den Strukturwandel in der Region sei und begrüßte den Vorschlag des Landrates. Darüber hinaus regte er an den Beschluss zu ergänzen und RWE um Prüfung weiterer Speicherkapazitäten zu bitten.

Der letzte Kreistag habe sich auf Anregung des Ausschusses für Strukturwandel und Arbeit gemeinsam positioniert, führte Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel aus. Dabei sei die Versorgungssicherheit ein wichtiger Bestandteil gewesen. Das Thema Versorgungssicherheit sei mittelfristig gelöst, aber improvisiert. Die Forderungen des Kreistages seien noch nicht erreicht. Die Bundes- und Landesregierung müsse sich klar positionieren, dass eine Abschaltung bis 2030 nur erfolgen könnte, wenn die Versorgung sichergestellt und alle dafür notwendigen Rahmenbedingungen und Alternativen geschaffen wurden. Zudem müsse in der Region schnellstmöglich rekultiviert werden und durch die Improvisierung der Versorgungssicherheit keine erheblichen Nachteile für die Region entstehen. Deswegen bitte er darum, das Thema nochmal im Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit zu behandeln. Er regte an, den Beschluss zu erweitern, dass der Rhein-Kreis Neuss für strategisch wichtige Projekte ein guter Standort sei.

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss meinte, dass keine Festlegung auf einen Ausstieg ohne eine gesicherte Energieversorgung erfolgen dürfe. Der Ukrainekrieg habe die Verwundbarkeit unserer Energieversorgung gezeigt. Zudem müsse dringend die Atomkraft wieder ausgebaut werden. Das sei die einzige grüne Energie, die den aktuellen Anforderungen in Deutschland entspreche. China sei für den größten Teil des CO₂-Ausstoßes im Bereich der Braunkohle verantwortlich. Deutschland mache dagegen nur einen kleinen Teil aus. Zudem werde die deutsche Wirtschaft durch den frühen Kohleausstieg enorm geschädigt.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass der Braunkohleausstieg 2030 nicht auf Kreisebene beschlossen werde. Zum Thema Versorgungssicherheit habe sich der Kreistag bereits positioniert. Beim vorgestellten Projekt gehe es um den Umstieg auf regenerative Energien und um einen Schritt in die richtige Richtung.

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss kritisierte den Beschluss von Bund und Land, der über den Kopf der betroffenen Kommunen hinweg gefasst wurde und forderte das Zurückspiegeln seitens des Kreises über das Missfallen der Entscheidung.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke versicherte, dass alle verantwortlichen Vertreter des Kreises an jeder Stelle auf die dingliche Notwendigkeit der Versorgungssicherheit hingewiesen haben.

KA/20221109/Ö4.1

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss begrüßt die Beabsichtigung von RWE ein Batteriespeichersystem in Neurath zu errichten.
2. Der Kreisausschuss bittet RWE zu prüfen, ob weitere und größere Batteriespeicherkapazitäten im Kreisgebiet geschaffen werden können. Der Rhein-Kreis Neuss ist für strategisch wichtige Projekte ein guter Standort.
3. Der Kreisausschuss fordert alle beteiligten Behörden auf, das Genehmigungsverfahren zügig und vorrangig zu behandeln, um das Projekt als wesentlichen Baustein der Energiewende voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. Regionalarbeit
Stand: August - November 2022
Vorlage: 61/1609/XVII/2022

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte, der Verwaltungsrat der Metropolregion Rheinland werde über die Finanzplanung des nächsten Jahres beraten und bat um Berichterstattung, welche Erfolge durch die Metropolregion bislang erzielt werden konnten.

Die Vertreter des Kreises beim Parlamentarischen Abend in Berlin könnten im zuständigen Ausschuss berichten oder schriftlich den aktuellen Stand mitteilen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Er werde über die Ergebnisse des Verwaltungsrates am 09.12.2022 im Kreisausschusses berichten.

KA/20221109/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage und nimmt diese zur Kenntnis.

6. Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand November 2022)
Vorlage: ZS5/1819/XVII/2022

Protokoll:

Bedauerlicherweise sei die Arbeitslosenquote im Kreisgebiet im vergangenen Monat von 5,4% auf 5,5% gestiegen, berichtete Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Jeder sei aufgefordert in seiner Bekanntschaft dafür Sorge zu tragen, damit die Vielzahl an offenen Stellen besetzt werden. Erfreulicherweise sei bei der Jugendarbeitslosigkeit ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

KA/20221109/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand November 2022) zur Kenntnis.

7. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften
Vorlage: 50/1817/XVII/2022

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass sich die Auswirkungen der gestiegenen Energiekosten oder der Zuwachs der Bedarfsgemeinschaften durch die Ukraineflüchtlinge aktuell noch nicht abzeichnen ließen. Die Verwaltung werde versuchen, bekannte Auswirkungen in die Haushaltsberatungen einfließen zu lassen.

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss regte an, auch hier Land und Bund zurückzuspielen, dass die Kommunen nicht unbegrenzt aufnahmefähig seien. Viele Kommunen seien mit der Aufnahme der Flüchtlinge am Limit. Die Aufnahme sollte beendet werden. Die Ukraineflüchtlinge seien über Polen Zuwanderer aus dem Westen und aufgrund der Sozialhilfe in Deutschland. Die Zuwanderung bringe eine Verknappung des Wohnraumes sowie eine Verteuerung der Mieten und des Eigentums mit sich. Zudem würde sich die Kriminalität erhöhen, wodurch die Polizei mehr belastet werde. Er habe Sorge, dass die Einführung des Bürgergeldes noch höhere Anreize für eine Zuwanderung nach Deutschland setze. Deutschland sei lediglich aus purer Menschenfreundlichkeit bereit die ganze Welt aufzunehmen.

Für Personen, die Flüchtlinge aus der Ukraine als Belastung sehen und davon ausgehen, dass in Polen die Belastung geringer wäre, da die Ukraineflüchtlinge direkt nach Deutschland kommen würden, habe er kein Verständnis, so Landrat Hans-Jürgen Petruschke. Wenn jemand aus purer Not und Angst um sein Leben oder das Leben seiner Familie flieht, ist die Person aufzunehmen und da gebe es auch keine Obergrenze.

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss merkte an, dass sich seine Äußerung nicht nur auf die Ukraine beziehe, sondern Deutschland nicht die ganze Welt aufnehmen könne.

Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck bedankte sich beim Sozialdezernenten und der Kreisverwaltung für die Flüchtlingskoordination und Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

KA/20221109/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

8. Schenkung Jugendstilobjekte aus (Sterling-)Silber der Orivit AG Vorlage: 40/1866/XVII/2022

Protokoll:

3. stellvertretende Landrätin Angela Stein-Ulrich fragte, welche Folgekosten mit der Schenkung verbunden seien.

Kreisdezernent Tillmann Lonnes antwortete, dass die Folgekosten sehr gering seien und aus dem Budget des Kulturzentrums getragen würden. Es würden lediglich Kosten für das Putzen des Silbers zu Ausstellungen anfallen, die im Rahmen der Ausstellungskosten gedeckt werden. Ein genauer Betrag könnte nicht benannt werden, da es sich um Kosten des laufenden Geschäfts handelt.

KA/20221109/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Schenkung des Herrn Dr. Julius Rohm mit einem Wert von 151.610 € in 2022 an.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9. Anträge**9.1. Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.10.2022 zum Thema "Ansprechpartner*in im Rahmen der Notfallvorsorge"****Vorlage: 32/1837/XVII/2022****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch bedanke sich für die Vorlage der Verwaltung und regte an, über weitere Erkenntnisse regelmäßig im Gesundheitsausschuss zu berichten. Aufgrund der bereits erfolgten Tätigkeiten der Verwaltung und durch den Antrag geschaffenen Sensibilisierung zu dem Thema, werde der Antrag in der vorliegenden Form zurückgezogen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke informierte darüber, dass vom 07.11.-09.11.2022 beim Institut der Feuerwehr in Münster eine Stabsübung des Krisenstabes stattgefunden habe. Er wies darauf hin, dass bei einem Stromausfall Eigeninitiative gefordert sein werde. Es könne nicht auf alle Einrichtungen wie gewohnt zurückgegriffen werden. Die Verwaltung werde sich so gut es gehe vorbereiten.

KA/20221109/Ö9.1**9.2. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP, UWG/FW RKN/Zentrum vom 26.10.2022 zum Thema "Leichte Sprache"****Vorlage: S5.2/1870/XVII/2022****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen erläuterte den Antrag. Die antragstellenden Fraktionen hätten zudem noch die Fragen aufgeworfen, ob es bereits andere Kommunen gebe, die ihre Homepage übersetzt haben und ob es Fördermittelmöglichkeiten gebe. Über den Fortschritt sollte der Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing informiert werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass keine Erfahrungen anderer Kommunen bekannt seien und nicht sofort die gesamte Homepage in leichte Sprache umgestellt werden könne. Der Kreis mache seine Homepage sukzessive barrierefrei.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch teilte mit, dass der Sozialausschuss in der vergangenen Wahlperiode das Thema besprochen habe. Der Antrag werde grundsätzlich befürwortet, um sukzessive themenbezogene Seiten in leichte Sprache zu übersetzen. Er befürworte eine Berichterstattung im zuständigen Ausschuss.

Kreistagsabgeordnete Swenja Krüppel merkte an, dass im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes und der BITV 2.0 klare Regelungen geschaffen und nicht nur die öffentliche Barrierefreiheit, sondern auch die interne Barrierefreiheit umfassen werde. Im Digitalisierungsausschuss ist im Rahmen einer Anfrage ihrer Fraktion bereits über die sukzessive Umsetzung berichtet worden. Tipps und Anregungen könnten von der Internetseite der Agentur Barrierefreiheit eingeholt werden. Weiterhin wies sie darauf hin, dass IT.NRW stichprobenartig die Umsetzung in den Kommunen überprüfe.

Im Masterplan Digitalisierung sei die Übersetzung in leichte Sprache ebenfalls Bestandteil, so Kreistagsabgeordneter Stefan Schmitz. Der Antrag werde dennoch mitgetragen und aufgrund der Kosten bitte er um eine sukzessive Umsetzung.

KA/20221109/Ö9.2

Beschluss:

1. Die Kreisverwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Themen und Seiten der Internetpräsenz des Rhein-Kreises Neuss für Menschen mit sprachlichen Barrieren besonders relevant sind und diese in „Leichte Sprache“ zu übersetzen. Hierbei sollte auch eine Ermittlung des finanziellen Aufwandes dieser Leistung stattfinden.
2. In Landkreisen und Kommunen in NRW, die dieses Angebot bereits umgesetzt haben, Erfahrungen einzuholen und diese bei der Erstellung der eigenen Internetseiten zu berücksichtigen.
3. Abzuklären, inwieweit Fördermöglichkeiten genutzt werden können, das Projekt „Leichte Sprache“ mit der Verwaltungsdigitalisierung voranzutreiben

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Mitteilungen

Protokoll:

Das GFG 2023 habe wirke sich mit einem Minus von 1,2 Mio. € schlechter als erwartet auf den Haushalt aus, als durch die Hochrechnung zunächst prognostiziert wurde, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Die Benehmensherstellung mit den Städten und der Gemeinde habe am 24.10.2022 auf Grundlage der Hochrechnung stattgefunden. Der Kreis sei damals jedoch schon von einer Reduzierung der Landschaftsumlage von einem Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr ausgegangen. Dazu finde aktuell das Anhörungsverfahren statt.

11. Anfragen

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Doris Hugo-Wissemann berichtete, sie habe sich die Angebote im Impfzentrum angeschaut und festgestellt, dass 5. Impfungen nicht angeboten werden. Viele ältere Menschen hätten ihre vierte Impfung vor über einem halben Jahr und

zudem nicht mit den angepassten Impfstoffen erhalten. Sie erkundigte sich, warum die fünfte Impfung im Impfzentrum nicht angeboten werde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke versicherte, das zu überprüfen, stellte jedoch klar, dass sich das Impfzentrum an die Vorgaben des Landes zu halten habe. Er berichtete weiter, dass nach heutiger Information des Landes die Impfzentren zum 31.12.2022 zurückzubauen seien. Bis zum 31.03.2022 werde die Koordinierende COVID-Impfeinheit mit 4,5 Vollzeitäquivalenten beim Kreis fortbestehen, um das örtliche Impfgeschehen in Einrichtungen mit vulnerablen Gruppen weiter zu begleiten.

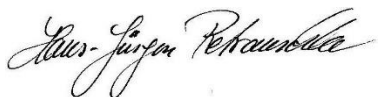
Anmerkung der Verwaltung:

Grundsätzlich ist für Personen eine 5. Impfung (bzw. 5. Ereignis; unter gewissen Umständen zählt die Infektion auch als eigenständiges Ereignis) möglich, wenn sie wegen Immunoseneszenz zu den besonders gefährdeten Personen (z. B. Hochbetagte (i. d. R. ab 80); Immundefizienten, Bewohner/innen von Altenpflegeheimen) zählen. Die Möglichkeit hierzu ist eine STIKO Empfehlung, an die sich der Kreis hält. Hierbei soll eine individuelle Berücksichtigung von Gesundheitszustand und Gefährdung stattfinden. Daher sollten 5. Impfungen prioritär bei den Hausärzten erfolgen. Im Impfzentrum entscheiden jeweils die Impfähzte vor Ort.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch erkundigte sich, ob das Angebot an den Kreisförderschulen aufgrund hoher Krankenstände derzeit eingeschränkt sei.

Kreisdezernent Tillmann Lonnes berichtete, dass an einer Kreisförderschule der Unterricht für zwei Tage im Nachmittagsunterricht wegen Personalmangel und hoher Krankenstände gekürzt werden musste. Der Kreis habe das Thema mit der Schulaufsicht, die für die Stellenbesetzung verantwortlich ist, ausgewertet und werde alles tun, damit ein erneuter Unterrichtsausfall nicht wieder vorkommt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 15:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Janine Conrads
Schriftführung